

## Jugendmigrationsarbeit und Bildung

Rebekka Hagemann  
Referat Migration und Integration

### *Die Situation junger Menschen mit Migrationshintergrund*

Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind im deutschen (formalen) Bildungssystem vielfach benachteiligt – das haben Studien auch in den letzten Jahren immer wieder belegt. Auch der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration hebt in seinem Jahresgutachten 2010 Bildung als „Integrationsbaustelle“ hervor, noch könne von gleichen Bildungschancen oder gar Bildungserfolgen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine Rede sein.

61,5 % der Menschen ohne Schulabschluss haben Migrationshintergrund. Dagegen stellen sie nur 19,3 % der Menschen mit Abitur. 42,8 % der HauptschülerInnen haben Migrationshintergrund, aber nur 26,8 % der RealschülerInnen und 22,2 % der GymnasiastInnen. Die starke Konzentration von SchülerInnen mit Migrationshintergrund an bestimmten Schulen und Schultypen wirkt sich negativ auf den Lernerfolg aus. Überrepräsentiert sind Menschen mit Migrationshintergrund bei den Erwerbslosen (30,5 % der Gesamtbevölkerung), bei den Empfängern von Arbeitslosengeld I (26,5 % der Gesamtbevölkerung) und Arbeitslosengeld II/Hartz IV (36,6 % der Gesamtbevölkerung). (Zahlen: Mikrozensus 2009)

Benachteiligt sind junge Zuwanderer auch durch die häufige Nichtanerkennung ihrer im Herkunftsland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse. Das Institut Arbeit und Qualifikation an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen hat festgestellt, dass die Personen mit nicht anerkannten ausländischen Abschlüssen ähnlich schlechte Beschäftigungschancen haben wie Personen, die gar keinen Abschluss haben.

Neben Mängeln im Bildungssystem müssen vor allem die sozialen Ursachen unzureichender Bildung in den Blick genommen werden. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sind extrem von Armut bedroht. 19 % aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren, die in Deutschland leben, gelten als armutsgefährdet. Insgesamt 45 % von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Familien mit Migrationshintergrund sind etwa doppelt so häufig armutsgefährdet wie Familien ohne Migrationshintergrund. Armut führt vielfach auch zu Bildungsarmut.

Die Studie „Die Mitte in der Krise“ der Friedrich Ebert Stiftung stellt für das Jahr 2010 eine Zunahme des Rechtsextremismus und damit verbundener antidemokratischer Einstellungen in Deutschland fest. Auch die Ausländerfeindlichkeit wurde 2010 stärker befürwortet als noch im Jahr 2008. Weit verbreitet ist die Islamfeindlichkeit. Knapp 60 % der Befragten befürworteten eine erhebliche Einschränkung der Religionsausübung für Muslime. Diskriminierungen bei der Wohnungssuche, Arbeitssuche oder in der Schule gehören zum Alltag von Menschen mit Migrationshintergrund.

Für neu zugewanderte junge Menschen ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung – je nach Aufenthaltsstatus – außerdem aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen beschränkt.

### *Was leistet evangelische Jugendmigrationsarbeit?*

Die Jugendmigrationsdienste in evangelisch-diakonischer Trägerschaft leisten als Migrationsfachdienste einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich von Bildungsbenachteiligung. Sie geben jungen MigrantInnen und ihren Eltern Orientierung im deutschen Bildungssystem, vermitteln sie in geeignete Bildungsmaßnahmen und halten eigene Bildungsangebote vor. Dabei setzen sie an den Ressourcen der jungen Menschen an, berücksichtigen ihre individuellen Bedarfe ebenso wie ihre Interessen und Neigungen und haben neben der schulischen und beruflichen Entwicklung auch die persönliche Entwicklung und die soziale Integration im Blick.

In vielen Fällen muss zunächst intensive Beziehungs- und Motivationsarbeit geleistet werden, ehe gemeinsam mit den jungen Menschen konkrete Bildungsziele in den Blick genommen werden können. Hierzu tragen die Gruppenangebote der Jugendmigrationsdienste ebenso bei wie die Kooperation mit der Jugendverbandsarbeit und mit örtlichen Vereinen.

Jugendmigrationsdienste arbeiten außerdem eng mit Integrationskursträgern, Schulen, Jobcentern und Ausbildungsbetrieben zusammen und ermöglichen so, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund die individuellen und institutionellen Hürden meistern und nicht aus dem System herausfallen.

Schulen nehmen es in der Regel einfach hin, wenn die Eltern vieler Schüler aufgrund ihres Migrationshintergrunds nicht an Elternabenden und Schulveranstaltungen teilnehmen. Jugendmigrationsdienste können hier unterstützend tätig werden, indem sie Eltern aktiv aufsuchen, sie über ihre Mitwirkungsrechte informieren und ihnen vermitteln, wie sie zum Bildungserfolg ihrer Kinder beitragen können.

Jugendmigrationsarbeit versteht sich aber nicht nur als Unterstützungssystem für junge MigrantInnen und ihre Eltern, sondern sie nimmt in gleichem Maße eine wichtige gesellschaftliche Funktion wahr, indem sie sich für gegenseitige Toleranz, den Abbau von Zugangsbarrieren für zugewanderte junge Menschen und Maßnahmen gegen Diskriminierung einsetzt und die Öffentlichkeit für die Bedarfe und Potenziale junger Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisiert.

In Bezug auf das deutsche Bildungssystem heißt das, dass Defizite des Bildungssystems nicht dauerhaft durch Spezialangebote für junge Menschen mit Migrationshintergrund aufgefangen werden können. Dies würde zur Reproduktion von Differenz, Diskriminierung und Bildungsbenachteiligung beitragen. Vielmehr muss das Bildungssystem in Anerkennung der Realität einer sozial heterogenen Einwanderungsgesellschaft so gestaltet werden, dass es dazu beiträgt, soziale Ungleichheiten (sogenannte herkunftsbedingte Effekte) zu reduzieren und allen SchülerInnen ein Bildungsniveau zu garantieren, das ihnen eine angemessene Lebensführung ermöglicht.

#### *Was muss ein inklusives Bildungssystem leisten?*

Unterricht in der Herkunftssprache muss zumindest für die wichtigsten Sprachen der nach Deutschland zuwandernden Menschen ermöglicht werden. Notwendiger Deutschsprachunterricht sollte auch direkt an Schulen – und zwar in allen Schulformen – und in den Ausbildungsbetrieben und nicht nur in separaten Integrationskursen erteilt werden. Neu zugewanderte junge Menschen sind altersgemäß einzustufen; durch individuelle Förderangebote muss der Anschluss an die Klasse gewährleistet werden.

Individuelle Förderung – auch in Bezug auf deutsche Sprachkenntnisse – ist nicht ausschließlich ein Thema von AusländerInnen, sondern betrifft vielfach auch deutsche Kinder und Jugendliche. Die Entscheidung über Förderangebote sollte deshalb nicht aufgrund des Migrationshintergrundes gefällt werden, sondern auf der Grundlage von Sprachstandserhebungen, die alle SchülerInnen durchlaufen, so wie das in vielen Kindergärten schon Standard ist. Beim Ausbau der Ganztagschulen müssen Diversity-Konzepte Berücksichtigung finden. Das gelingt am besten, wenn die verschiedenen Interessengruppen, z.B. auch Eltern mit Migrationshintergrund und MigrantInnenorganisationen an der konzeptionellen Entwicklung beteiligt werden.

Bei der Schulentwicklung muss stärker als bisher berücksichtigt werden, dass in manchen Schulen und Schultypen schon heute Schulklassen mehrheitlich aus Kindern mit Migrationshintergrund bestehen. Es kann dort nicht mehr um die Förderung einzelner „Spezialfälle“

gehen, sondern Lehrpläne und -methoden müssen grundlegend verändert werden, um den SchülerInnen solcher Schulen überhaupt noch einen ausbildungsrelevanten Schulabschluss zu ermöglichen.

Andererseits gibt es vor allem in Großstädten, in denen bereits viele Zugewanderte leben, Bildungsinstitutionen, die in besonderem Maße mit dem Problem der „Seiteneinsteiger“ konfrontiert sind. In Abhängigkeit von den politischen Entwicklungen kommen in unterschiedlicher Zahl und aus unterschiedlichen Ländern Menschen ins Land, deren Kinder ins Schul- und Ausbildungssystem integriert werden müssen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Neuzugewanderte im Rahmen des Familiennachzugs aus Drittstaaten, um Flüchtlinge aus Krisengebieten oder aktuell um Arbeitskräfte aus den „neuen“ EU-Mitgliedstaaten sowie den von der Finanzkrise betroffenen EU-Ländern Spanien und Griechenland.

Die Schulsysteme der Herkunftsländer sind meist nicht kompatibel mit dem deutschen Schulsystem, Deutschkenntnisse sind in der Regel nicht vorhanden. Die betroffenen Schulen und Berufsschulen können die sprachliche Förderung oft nicht in dem nötigen Umfang leisten. Zudem gibt es häufig soziale Probleme, zum Beispiel Fälle von Schulverweigerung und zunehmender Gewalt an Schulen. Neben der Einrichtung von speziellen Seiteneinsteigerklassen ist deshalb eine enge Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit unbedingt notwendig. Daneben braucht es spezielle Förderprogramme, um solchen akuten Situationen angemessen begegnen zu können.

In der Lehreraus- und -fortbildung muss die pädagogische Ausbildung eine viel größere Rolle spielen. Es geht heute in der Schule nicht mehr nur um Wissensvermittlung, sondern primär um die Vermittlung sozialer Kompetenzen, die gemeinsames Lernen erst möglich machen. Dazu gehört auch der diskriminierungsfreie Umgang mit MitschülerInnen unterschiedlichster Herkunft. Es müssen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Beruf des Lehrers/der Lehrerin gewonnen werden.

Selbstverständlich müssen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildung haben. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür müssen geschaffen werden. Laut Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder ein Recht auf Bildung, und die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit. Die Ausgaben für Lernmittel und Fahrtkosten zu Bildungseinrichtungen müssen deshalb bei der Berechnung der Sozialhilfesätze angemessen berücksichtigt werden. Es ist zu begrüßen, dass nun einzelne Bundesländer (im Vorgriff auf die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) auch Kinder von AsylbewerberInnen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket unterstützen.

Die Globalisierung wirkt sich im Lebensalltag der Menschen aus. Junge Menschen sind zunehmend mobiler, die Lebensentwürfe vielfältiger als noch vor wenigen Jahrzehnten. Auch das Bildungssystem muss sich auf Menschen einstellen, die nur für ein paar Jahre nach Deutschland kommen, regelmäßig zwischen Deutschland und ihrem Herkunftsland pendeln oder auch – obwohl in Deutschland geboren – in das Herkunftsland der Eltern zurückkehren werden. Deshalb müssen Bildungsziele globaler gefasst werden. Die Vermittlung „deutschen Kulturguts“ verlieren in diesem Kontext an Bedeutung; die Vermittlung transkultureller Kompetenzen wäre zeitgemäß.

Die Anerkennung im Ausland erworbener Bildungs- und Berufsabschlüsse muss wesentlich verbessert werden. Anerkennungsverfahren müssen vereinfacht werden. Gebührenbefreiung für sozial schwache Familien sollte dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Notwendige Nachqualifizierungsmaßnahmen müssen entwickelt und bezuschusst werden. Die Zuständigkeit der Länder für die konkrete Ausgestaltung der Anerkennungsverfahren stellt für die betroffenen Menschen eine zusätzliche Hürde dar. Daran wird leider auch durch das neue „Anerkennungsgesetz“ nicht viel ändern.

## *Religiöse Bildung in der Einwanderungsgesellschaft*

Die Rollen von Staat und Kirche bei der religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen müssen neu definiert werden. Einerseits kann nicht mehr einfach davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der SchülerInnen an deutschen Schulen christlich ist. Die Zahl andersgläubiger SchülerInnen nimmt kontinuierlich zu. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass sich schon in naher Zukunft mindestens 50% der SchülerInnen gar keiner Religion mehr zugehörig fühlen werden. (2009 gehörten noch 60% der Bevölkerung der evangelischen oder römisch-katholischen Kirche an. Dieser Anteil ist in den letzten zwei Jahren weiter geschrumpft.) Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts kann hier allenfalls eine Zwischenlösung darstellen.

Das Bildungssystem muss angesichts dieser Situation dafür Sorge tragen, dass Grundwerte und ethische Prinzipien allen Kindern und Jugendlichen vermittelt werden. Nur so können gesellschaftlicher Zusammenhalt, gegenseitige Toleranz und Demokratie auf Dauer garantiert werden. Aber auch neue Ansätze interreligiöser Bildung (z.B. Religionsunterricht in heterogenen Gruppen, der gemeinsam von Religionslehrern verschiedener Glaubensrichtungen erteilt wird) sollten erprobt werden.

Die christlichen Kirchen hingegen stehen vor der Aufgabe, die religiöse Sprachfähigkeit ihrer Mitglieder (wieder) herzustellen. Wir erleben aktuell nicht nur ein breites Unverständnis „anderen“ Religionen gegenüber. Ein Großteil der Kirchenmitglieder verfügt nicht einmal über ein Basiswissen über die „eigene“ Religion. Damit fehlt auch die Grundlage für den interreligiösen Dialog.

### *Zum Weiterlesen*

Weitere Informationen zum Jahresthema 2011 der BAG EJSA „Lebensmittel Bildung! Evangelische Jugendsozialarbeit für Befähigung und Teilhabe“, siehe <http://www.bagejsa.de/handlungsfelder/querschnittsaufgaben/jahresthemen-2009-2010-2011/lebensmittel-bildung/>

Diakonie und Bildung, Diakonie Texte 11.2010, [www.diakonie.de/diakonie-texte-1519-11-2010-diakonie-und-bildung-7502.htm](http://www.diakonie.de/diakonie-texte-1519-11-2010-diakonie-und-bildung-7502.htm)

„Ich will's wissen!“. Alle Kinder brauchen Bildung. Materialheft zur Interkulturellen Woche 2011, [www.ekd.de/interkulturellewoche/images/Materialheft\\_IKW\\_2011\\_LV.pdf](http://www.ekd.de/interkulturellewoche/images/Materialheft_IKW_2011_LV.pdf)

Gleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Stellungnahme der BAG EJSA zum Grünbuch „Migration & Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme“ (2008), [www.bagejsa.de/fileadmin/user\\_upload/Migration\\_and\\_Integration/Positionspapiere/Beitrag\\_BAGEJSA\\_Gruenbuch\\_Migration\\_Mobilitaet\\_01.pdf](http://www.bagejsa.de/fileadmin/user_upload/Migration_and_Integration/Positionspapiere/Beitrag_BAGEJSA_Gruenbuch_Migration_Mobilitaet_01.pdf)

Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer (2010), zum Thema „Bildung“ ab Seite 137, [www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2010/05/einwanderungsgesellschaft\\_2010.pdf](http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2010/05/einwanderungsgesellschaft_2010.pdf)